



**MINISTÈRE
DE L'EUROPE
ET DES AFFAIRES
ÉTRANGÈRES**

*Liberté
Égalité
Fraternité*

DIRECTION DES RESSOURCES HUMAINES

SOUS-DIRECTION DE L'ATTRACTIVITÉ ET DES
RECRUTEMENTS

Bureau des concours et examens professionnels

**Concours externe, interne et troisième concours pour l'accès à l'emploi de
secrétaire des affaires étrangères (cadre général)
au titre de l'année 2026**

Épreuve écrite d'admissibilité n°4

Mercredi 26 novembre 2025

Allemand

Épreuve de langue obligatoire

Durée totale de l'épreuve : 3 heures - Coefficient : 3
Toute note globale inférieure à 10 sur 20 est éliminatoire

Aucun dictionnaire n'est autorisé.

Réponses courtes, rédigées dans la langue choisie lors de l'inscription, à des questions libellées dans cette même langue, à partir d'un dossier composé dans cette même langue permettant d'apprécier les connaissances linguistiques et l'aptitude à formuler des réponses complexes sur les sujets d'actualité.

Sommaire

Document n°1

„Neuer Wehrdienst“
([Bundesministerium der Verteidigung](#), 27.08.2025)

Document n°2

„Pistorius sieht flächendeckende Musterung als »Abschreckung« gegenüber Russland“
([Der Spiegel](#), 19.10.2025)

Document n°3

„Umweltminister Schneider pocht auf Verbrenner-Aus ab 2035“
([Handelsblatt](#), 06.10.2025)

Document n°4

„Deutsche Hersteller in der Krise – doch die E-Autos sind Exportschlager“
([Die Frankfurter Rundschau](#), 17.08.2025)

Document n°5

„Gemeinsame Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens“
([Auswärtiges Amt](#), 29.09.2025)

Questions

1/ Soll Deutschland in der aktuellen Krisensituation eine Wehrpflicht einführen? (7 Punkte)

2/ Bremst die Umweltschutzpolitik das deutsche Wirtschaftsmodell? (7 Punkte)

3/ Im Angesicht der Bedrohungen, mit denen sich Europa auseinandersetzt, kann oder soll das Weimarer Dreieck den deutsch-französischen Motor ersetzen? (6 Punkte)

Document n°1

„Neuer Wehrdienst“

Bundesministerium der Verteidigung, 27.08.2025

Digital, schnell, unbürokratisch: Mit dem Neuen Wehrdienst reagiert Deutschland auf die veränderte sicherheitspolitische Lage und die Zeitenwende. Die Wiedereinführung der Wehrerfassung und der Wehrüberwachung forcieren den Aufbau einer starken personellen Reserve. Der Neue Wehrdienst betont damit auch den Fokus der Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung.

Neuer Wehrdienst – Regierung schafft rechtliche Grundlage

Die Berichterstattung basiert auf dem Stand des letzten Kabinettsbeschlusses vom 27. August 2025. Der politische Entscheidungsprozess ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Über weitere Entwicklungen und mögliche Änderungen wird berichtet, sobald neue Informationen vorliegen.

Verteidigungsminister Boris Pistorius möchte mit einer einfachgesetzlichen Änderung – das heißt ohne Änderung des Grundgesetzes – ein neues Wehrdienstmodell und die dafür dringend erforderlichen Strukturen und Kapazitäten schaffen. Das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDModG) tritt nach derzeitigen Planungen am 1. Januar 2026 in Kraft.

Modern, freiwillig und mit einer starken Reserve

Der vom Kabinett beschlossene Entwurf sieht vor, dass mit Einführung des Neuen Wehrdienstes zahlreiche attraktivitätssteigernde Maßnahmen vorgenommen werden. So tritt beispielsweise anstelle des bislang „Freiwilligen Wehrdienstes“ als besonderes staatsbürgerliches Engagement“ der Status einer Soldatin beziehungsweise eines Soldaten auf Zeit. Dies führt zu besoldungs- und versorgungsrechtlichen Verbesserungen. Das Ziel des Neuen Wehrdienstes ist, einen Beitrag zur Stärkung der Reserve – also die Erhöhung der Anzahl der zur Verfügung stehenden Reservistinnen und Reservisten – und einer Stärkung der aktiven Truppe, gerade im Bereich der Mannschaften, zu leisten. Der Neue Wehrdienst eröffnet die Möglichkeit, schon mit kurzen Verpflichtungszeiten ab sechs Monaten, einen eigenen Beitrag zur Sicherheit Deutschlands zu leisten.

Wie lange er oder sie Wehrdienst leisten möchte, kann jeder und jede für sich selbst entscheiden. Monatsweise bis zu 23 Monate oder – bei Eignung – sogar längere Verpflichtungszeiten bis zu 25 Jahren sind möglich. Je nach Bildungsgrad, Qualifizierung, Eignung oder Bedarf ist es unabhängig davon möglich, die Laufbahn zu wechseln und später sogar Berufssoldatin oder Berufssoldat zu werden. Der Gesetzentwurf sieht weiterhin vor, die Wehrerfassung zu modernisieren. Sie soll an das aktuelle Melderecht angepasst werden. Die Aufgabe der Wehrfassungsbehörden geht von den Meldebehörden auf die Bundeswehrverwaltung über. Dies bedeutet eine Entlastung für die Meldebehörden der Länder.

Bereitschaftserklärung für Männer Pflicht

Im Zuge der Wehrerfassung, so sieht es der vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf vor, gibt es eine für Männer verpflichtende Befragung über deren Bereitschaft und Fähigkeit zur Ableistung des Wehrdienstes, die sogenannte Bereitschaftserklärung. Alle jungen Menschen erhalten nach ihrem 18. Geburtstag einen Brief mit einem QR-Code zugesandt, der zu einem

Onlinefragebogen führt. Junge Männer sind verpflichtet, den Fragebogen auszufüllen. Für Personen anderen Geschlechts ist die Beantwortung der Fragen freiwillig, da sie nicht der Wehrpflicht unterliegen.

In dem Fragebogen werden persönliche Daten, Verfügbarkeit, Bildungsabschlüsse und sonstige Qualifikationen sowie die Bereitschaft zu einer Wehrdienstleistung abgefragt. Wer sich bereit erklärt, Wehrdienst zu leisten, wird nach Auswertung des Fragebogens und bei einer möglichen Eignung für den Dienst in den Streitkräften zu einem Assessment eingeladen. Ab 1. Juli 2027 werden alle Wehrpflichtigen einer verpflichtenden Musterung unterzogen. Durch Assessment und Musterung wird festgestellt: Ist die Person geeignet und tauglich? Ist sie verfügbar? Wo könnte sie am sinnvollsten eingesetzt werden? Und passt sie zum Bedarf der Streitkräfte?

Es kann auch eine erneute verpflichtende Befragung der Wehrpflichtigen erfolgen. Dadurch werden die Angaben aktualisiert. Das alles geschieht mit der Absicht, ein besseres Lagebild über Eignung und Qualifikation der Wehrpflichtigen zu erhalten.

Neue Bedrohungslage – Neuer Wehrdienst

Angesichts der massiv verschärften Bedrohungslage in Europa infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine richtet sich die Bundeswehr noch konsequenter auf die Landes- und Bündnisverteidigung aus und schafft dafür die erforderlichen Strukturen. Der Neue Wehrdienst stellt ein zentrales Element dieser Entwicklung dar.

Im Ernstfall muss die Truppe schnell wachsen

Bereits in Friedenszeiten muss die Bundeswehr dafür sorgen, dass sie im Ernstfall schnell wachsen kann. Dafür muss sie unbedingt wissen, wen sie heranziehen kann und wie geeignet der- oder diejenige ist. Auf der Grundlage des vom Kabinett beschlossenen, aber noch nicht in Kraft getretenen Gesetzentwurfs wird es der Bundeswehr ermöglicht, effektiver und zielgerichtet das Potenzial der zur Verfügung stehenden jungen Menschen sowie der künftigen Reservistinnen und Reservisten zu erfassen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, bei einer Reaktivierung der verpflichtenden Einberufung unmittelbar auf einen belastbaren Datenbestand und bestehende administrative Strukturen zurückgreifen zu können. Die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte soll dadurch deutlich verbessert werden.

Verantwortung für Deutschland

Deutschlands Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr, der Neue Wehrdienst trägt dazu bei, diese zu erhöhen. Ein weiteres Ziel des Neuen Wehrdienstes ist es, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich für Deutschland zu engagieren. Dabei geht es darum, Verantwortung zu übernehmen. Hierzu will die Bundeswehr ein Wehrdienstmodell bieten, welches sinnstiftend und attraktiv für junge Menschen ist, sie begeistert und ihnen neue Perspektiven ermöglicht. Sie sollen nicht nur körperlich gefordert werden und neue Fähigkeiten erlernen, sondern damit auch einen neuen Blick auf die Bundeswehr erhalten.

Document n°2

„Pistorius sieht flächendeckende Musterung als »Abschreckung« gegenüber Russland“

Der Spiegel, 19.10.2025

Die Koalition streitet noch immer über die Reform der Wehrpflicht. Verteidigungsminister Boris Pistorius erklärt nun: Sollten wieder alle Männer eines Jahrgangs gemustert werden, werde das auch in Moskau wahrgenommen.

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hält eine Musterung aller jungen Männer für ein abschreckendes Signal gegenüber Russland. »Wenn wir wieder alle Männer eines Jahrgangs mustern und die Daten aller Wehrfähigen erheben, wird das auch in Russland wahrgenommen. Anders ausgedrückt: Auch das ist Abschreckung!«, sagte der SPD-Politiker der »Bild am Sonntag«.

Sollte der Verteidigungsfall eintreten – den es zu verhindern gelte – trete nach dem Grundgesetz die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht unmittelbar wieder in Kraft. »Dann müssen wir wissen, wer einsatzbereit ist und wer nicht«, sagte Pistorius. Außerdem nannte er die mit der Aussetzung verbundene Abschaffung der Kreiswehrersatzämter einen schwerwiegenden Fehler. »Wir bauen jetzt neue, moderne Strukturen auf. Ab Mitte 2027 sind wir so weit. Dann können wir wieder flächendeckend mustern.«

Pistorius: »Ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen«

Die schwarz-rote Koalition hatte am Donnerstag ihre Pläne zur Wehrdienstreform in den Bundestag eingebracht. Es gibt aber noch Unstimmigkeiten zwischen CDU, CSU und SPD – dabei geht es vor allem darum, welche Mechanismen greifen sollen, wenn sich nicht, wie durch das Gesetz beabsichtigt, genügend Freiwillige für die Bundeswehr finden.

Pistorius sagte, dass nun im Parlament entschieden werden müsse, ob es ein Losverfahren geben soll (hier mehr dazu). »Wir werden uns als Ministerium hier selbstverständlich ebenfalls einbringen.« Ihm sei wichtig, dass so lange wie möglich auf Freiwilligkeit gesetzt werde. Pistorius will daran festhalten, dass das Wehrdienstgesetz Anfang 2026 in Kraft tritt und zeigte sich bezüglich einer Einigung mit den Fraktionen optimistisch. »Ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen. Alle im Bundestag wissen: Es geht um die Sicherheit Deutschlands.«

Document n°3

„Umweltminister Schneider pocht auf Verbrenner-Aus ab 2035“

Handelsblatt, 06.10.2025

Ab dem Jahr 2035 sollen Neuwagen in der EU emissionsfrei fahren. Umweltminister Schneider will an dieser Vorgabe festhalten und widerspricht damit Kanzler Merz.

Berlin. Bundesumweltminister Carsten Schneider plädiert kurz vor dem Autogipfel dafür, am EU-weiten Verbrenner-Aus ab 2035 festzuhalten. Zwar seien viele Zulieferbetriebe aus unterschiedlichsten Gründen unter Druck. „Auf der anderen Seite haben sich viele Unternehmen auf die neuen Spielregeln für das Klima längst eingestellt, auch die verdienen Vertrauensschutz“, sagte der SPD-Politiker der „Zeit“.

Planungssicherheit sei entscheidend für erfolgreiches Wirtschaften. „Darum sind wir auch ökonomisch gut beraten, den eingeschlagenen Weg jetzt fortzusetzen.“

Es seien noch zehn Jahre Zeit – das traue er den Ingenieuren zu. „Ab 2035 gilt dann: Neuwagen in der EU stoßen kein CO₂ mehr aus, oder die Hersteller zahlen eben Strafen. So ist die aktuelle Rechtslage“, sagte Schneider.

Damit besteht weiter keine Einigkeit in der schwarz-roten Koalition. So hatte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) kürzlich angekündigt, er wolle auf EU-Ebene für eine Aufhebung des Verbrenner-Verbots werben. Merz hatte gesagt, es müssten zum Beispiel auch hybride Antriebe zugelassen sein, die einen üblichen Verbrennungs- mit einem Elektromotor kombinieren.

2022 war beschlossen worden, dass ab dem Jahr 2035 in der EU keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselmotor mehr zugelassen werden sollen. Ziel ist es, die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu senken. Die Union ist gegen das Verbrenner-Aus, in Teilen der SPD gibt es Bedenken gegen eine Aufhebung. So hatte Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Olaf Lies zuletzt eine Abkehr vom Verbrenner-Aus ab 2035 gefordert.

Merz hat für diesen Donnerstag zu einem Autogipfel ins Kanzleramt eingeladen. Neben mehreren Bundesministern nehmen Vertreter von Bundesländern, der Autoindustrie sowie von Gewerkschaften teil. Auch Lies wird teilnehmen.

Document n°4

„Deutsche Hersteller in der Krise – doch die E-Autos sind Exportschlager“

Die Frankfurter Rundschau, 17.08.2025

Von: Patrick Freiwah

Elektroautos werden immer häufiger zugelassen, doch die deutsche Autoindustrie spürt weiterhin enormen Druck. Was steckt hinter dem Exportboom von VW und Co.?

Frankfurt/München – Immer wieder dominieren Krisenmeldungen die Schlagzeilen, doch die Elektromobilität verleiht dem deutschen Automarkt neue Impulse: Die aktuelle Exportbilanz verdeutlicht, dass sich die hiesige Branche auf ihrem Weg inmitten des Wandels auf einem erfolgreichen Kurs befindet. Ob daraus ein nachhaltiger Erfolg wird?

Hinter dem Hype um E-Autos verbirgt sich eine rasante Marktveränderung, welche die Branche grundlegend prägt.

Deutsche Hersteller und E-Mobilität: Wachstum, aber noch kein Durchbruch

Die Elektromobilität hat sich in den vergangenen Jahren weltweit stark entwickelt. Laut der aktuellen KfW-Research-Studie hat sich der Anteil von E-Autos innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt. Immerhin jedes fünfte neu zugelassene Auto fährt inzwischen elektrisch.

Im zweiten Quartal 2025 lag der Elektroanteil an den Neuzulassungen in Deutschland bei 29 Prozent, während er verglichen mit dem ersten Quartal 2024 noch unter 20 Prozent lag. „Die Zeichen für einen weiteren Aufschwung der Elektromobilität in Deutschland verdichten sich. Sowohl der Klimaschutz als auch die deutsche Automobilindustrie könnten von einer weitergehenden Elektrifizierung profitieren“, erklärt Dr. Johannes Rode, Senior Economist bei KfW Research und Mitautor der Studie.

Volkswagen und Co. zwischen Preisdruck und Innovationskraft

Die deutsche Autoindustrie steht angesichts der Antriebswende vor großen Herausforderungen: Schon länger sind die Gewinne rückläufig, und die Konkurrenz – insbesondere aus Asien und den USA – macht Volkswagen, BMW und Mercedes-Benz auf den Weltmärkten Anteile streitig.

Die deutschen Hersteller investieren in neue Technologien und Modelle, schmieden darüber hinaus milliardenschwere Allianzen. Ob sich diese Investitionen langfristig wieder in steigende Gewinne verwandeln? Die aktuellen Exportzahlen der Kreditanstalt für Wiederaufbau unterstreichen zumindest eine starke Präsenz deutscher Stromer auf den Weltmärkten.

Exportboom: Deutsche Stromer weltweit gefragt – aber wie lange?

Im Exportgeschäft sind deutsche Elektroautos gefragt: Sie machen mittlerweile 27 Prozent aller Fahrzeugexporte aus. Im ersten Quartal 2025 wurden durchschnittlich 82.000 Elektroautos pro Monat exportiert, im Gesamtwert von rund 3,4 Milliarden Euro. Das Exportvolumen übertrifft damit die E-Auto-Importe aus dem Ausland um das Fünffache.

Besonders gefragt sind deutsche Modelle in Europa: Über 70 Prozent der Exporte gehen in die EU, das Vereinigte Königreich, Norwegen und die Schweiz. Die USA nehmen 15 Prozent der in Deutschland gefertigten Stromer auf, das Vereinigte Königreich 13 Prozent. China spielt für

den Standort Deutschland indes kaum eine Rolle, da dort die Produktion zumeist direkt vor Ort erfolgt.

Diese Elektroauto-Modelle sind deutsche Exportschlager

Dabei gibt es mehrere populäre Modelle made in Germany: Zu den in Deutschland produzierten Exportschlagnern zählen unter anderem die Volkswagen-Modelle ID.4, ID.3 und ID.7 sowie der BMW iX und die Audi Q4 und Q6 etron.

Kontinental-Europa bleibt für Volkswagen und Co. gerade im Hinblick auf E-Mobilität der wichtigste Absatzmarkt, gefolgt von China. Das liegt mitunter auch an der aktuellen Entwicklung in den USA, wo Verbrenner einen zweiten Frühling erleben. Wie tragfähig diese Exporterfolge für die Gesamtbilanz der Hersteller sind, ist allerdings noch ungewiss.

Deutsche Autobauer in der Krise? Unsicherheit bei Gewinnen und Zukunftsaussichten

Trotz der Exporterfolge bleibt die wirtschaftliche Lage der deutschen Autohersteller angespannt: Die Branche kämpft mit sinkenden Profiten und einem hohen Investitionsbedarf, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die aktuellen Analysen erlauben keine verlässliche Aussage darüber, ob sich die Exportzuwächse tatsächlich in steigende Gewinne übersetzen lassen – wie eine Sprecherin der KfW auf Anfrage von IPPEN.MEDIA erklärt.

Vielmehr bleibt offen, ob die aktuelle Entwicklung von Dauer ist oder ob neue Herausforderungen – etwa durch geopolitische Risiken oder einen sich abschwächenden Markt – die Perspektiven trüben könnten.

Die Akzeptanz von Elektroautos ist in Deutschland gewachsen

Was die KfW-Studie noch aufzeigt: Die Akzeptanz für Elektroautos steigt kontinuierlich und das gilt insbesondere auch für deutsche E-Autos. Fast die Hälfte der befragten Haushalte (49 Prozent) kann sich vorstellen, ein Elektroauto zu nutzen, zehn Prozent besitzen bereits eines. Allerdings planen aktuell nur drei Prozent der Haushalte, im kommenden Jahr ein Elektroauto zu kaufen – der niedrigste Wert der letzten Jahre. Weiterhin lehnen 37 Prozent die eigene Nutzung kategorisch ab.

Der Preis bleibt mit 59 Prozent der häufigste Grund gegen den Kauf eines Elektroautos. Doch die Bedenken zur Ladeinfrastruktur sind von 72 Prozent vor fünf Jahren auf 51 Prozent gesunken. Auch Sorgen zur Reichweite haben abgenommen, von 54 Prozent auf 44 Prozent. Ebenfalls positiver bewertet die Bevölkerung inzwischen die Ladezeiten und Umweltverträglichkeit. „Es bleibt wichtig, den Markthochlauf von Elektroautos in Deutschland zu unterstützen“, empfiehlt KfW-Ökonom Rode.

Deutsche Autobauer spielen auch im Elektro-Zeitalter vorne mit

Die Exporterfolge der deutschen Hersteller sind bemerkenswert, doch wie nachhaltig ist der Boom? Die KfW-Sprecherin erklärt: „Was wir sehen, sind steigende Anteile der Elektromobilität an den Autoverkäufen weltweit – und die Absatzzahlen für das erste Halbjahr 2025 bestätigen diesen Trend. Zusammen mit fallenden Preisen für Batteriespeicher und erwarteten Skalengewinnen weisen die Signale darauf hin, dass sich am Markt ein Umstieg auf Elektroautos realisiert.“

Gleichzeitig setzen der technologische Wandel, geopolitische Spannungen und neue Wettbewerber die Konzerne aus Wolfsburg, München und Stuttgart unter Druck. Die aktuellen Exportzahlen zeigen, dass deutsche Autobauer trotz sinkender Gewinne auf dem wachsenden Markt für Elektroautos präsent sind. Ob die Exportüberschüsse langfristig wirtschaftlich tragfähig sind, hängt davon ab, ob die Branche weiter in Innovationen investiert und flexibel auf globale Herausforderungen reagiert.

Document n°5

Gemeinsame Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens

Auswärtiges Amt, 29.09.2025 - Pressemitteilung

Wir, die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens, bekräftigen unsere Einheit und unsere unerschütterliche Entschlossenheit, den Frieden, die Sicherheit und die gemeinsamen Grundwerte in Europa gegen Russlands fortdauernden Angriffskrieg zu verteidigen. Die jüngsten Verletzungen des polnischen, rumänischen und estnischen Luftraums stellen rücksichtslose, feindselige Handlungen sowie eine inakzeptable Eskalation dar, die die Stabilität in der Region und in Europa gefährdet. Wir verurteilen diese Provokationen und rufen die Russische Föderation auf, derartige Handlungen zu unterlassen, ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich zu beenden und in Friedensverhandlungen zu mit Kyjiw vereinbarten Bedingungen einzutreten.

Frankreich und Deutschland stehen fest an der Seite Polens. Alle Partner des Weimarer Dreiecks bringen ihre Solidarität mit Estland, Rumänien und sämtlichen betroffenen Ländern zum Ausdruck. Wir bekennen uns nach wie vor zur Stärkung der europäischen und der euroatlantischen Sicherheit, indem wir im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 6. März 2025 größere Verantwortung für unsere allgemeine Sicherheit übernehmen. Die frühzeitigen Beiträge Deutschlands und Frankreichs zu den NATO-Initiativen „Eastern Sentry“ und „Baltic Sentry“ sind beispielhaft dafür. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf den Schutz unseres Luftraums und die Stärkung unserer Fähigkeiten zur Luftverteidigung und Flugkörperabwehr. Wir werden in kritische Fähigkeiten investieren, die in Europa entwickelt werden sollen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Verabschiedung des Instruments für Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE) und werden auf dessen rasche Umsetzung hinarbeiten, auch um die Ostflanke zu stärken. Gleichzeitig betonen wir, dass militärische Mobilität von wesentlicher Bedeutung für die Sicherheit Europas und für unsere gemeinsame Fähigkeit ist, rasch und entschieden auf jedwede Bedrohung zu reagieren. Wir bekräftigen, dass Europa souveräner werden, mehr Verantwortung für seine eigene Verteidigung übernehmen und besser ausgerüstet werden muss, um autonom und abgestimmt handeln und auf unmittelbare und künftige Herausforderungen und Bedrohungen reagieren zu können.

Wir lassen uns durch ein feindseliges russisches Eindringen nicht einschüchtern. Es stärkt nur unsere Entschlossenheit. Die kollektive Verteidigung der NATO, die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und die Unverletzlichkeit unserer Grenzen sind unverrückbar. Ein gerechter und dauerhafter Frieden in Europa bleibt unser höchstes Ziel. Bis dieses erreicht ist, werden wir unsere militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung für die Ukraine als Mitglied der europäischen Familie und Opfer von Moskaus imperialen Bestrebungen fortsetzen. Die massiven Luftangriffe Russlands werden nicht ohne Antwort bleiben. Deutschland, Frankreich und Polen werden der Ukraine weiterhin Mittel zur Luftverteidigung zur Abwehr von Russlands rechtswidrigen Handlungen bereitstellen. Die Partner des Weimarer Dreiecks sind sich einig, dass die Finanzmittel für die kurz- und langfristige militärische Unterstützung erheblich aufgestockt werden müssen. Diesbezüglich unterstützen wir das Ziel einer schnellen Einbindung der Ukraine in die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung.

[...]

Nachdem nunmehr fast zwei Jahre nach dem schrecklichen Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober vergangen sind, sind wir immer noch sehr besorgt angesichts der Lage im Nahen

Osten. Wir betonen erneut die dringende Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstands, der bedingungslosen Freilassung aller noch immer festgehaltenen Geiseln und der ungehinderten Bereitstellung humanitärer Hilfe in ganz Gaza in Abstimmung mit den VN und einschlägigen Organisationen. Die sofortige Einstellung der israelischen Militäroperationen in Gaza Stadt ist unerlässlich, da sie eine Massenvertreibung der Zivilbevölkerung auslösen, Todesopfer und Verletzte fordern und die Zerstörung der Infrastruktur verursachen. Wir treten weiterhin entschlossen für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung ein und fordern die rasche Umsetzung der in der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten dargelegten Maßnahmen. Alle Parteien müssen auf Handlungen verzichten, die die Verwirklichung dieser Lösung untergraben; dies schließt den Verzicht auf Siedlungsausbau ein. In diesem Zusammenhang fordern wir die israelische Regierung eindringlich auf, alle Siedlungsaktivitäten einschließlich des so genannten Projekts „E1“ einzustellen. Die Partner des Weimarer Dreiecks werden nach wie vor im Rahmen der EU daran arbeiten, diese Fragen zu behandeln und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Polen ist ein gelungenes Beispiel für einen erfolgreichen Übergang vom Autoritarismus zur Demokratie und ein starkes Zeugnis für die Vorteile einer friedlichen, regelbasierten internationalen Ordnung. Darüber hinaus steht es für einen bedeutenden EU-Integrationserfolg. Deutschland, Frankreich und Polen werden in internationalen Foren zusammenarbeiten, unter anderem durch die Verstärkung des Dialogs betreffend die G20.

Russlands Aggression, Provokationen und hybride Kriegsführung, die darauf ausgerichtet sind, diese Ordnung herauszufordern, werden unsere Entschlossenheit nicht schwächen. Im Gegenteil, sie stärken unsere Entschiedenheit, gemeinsam zu handeln. Wir sind uns völlig im Klaren darüber, dass russische Desinformationskampagnen darauf ausgelegt sind, militärische Aggression zu verstärken, indem sie Verwirrung stiften und Spaltung erzeugen. Das wird nicht gelingen. Zusammenarbeiten macht uns stärker und trägt dazu bei, Europa stärker zu machen. Als Partner des Weimarer Dreiecks werden wir uns weiterhin eng im Rahmen der EU, der NATO und darüber hinaus abstimmen, um Resilienz aufzubauen, unsere gemeinsame Sicherheit zu verteidigen und ein Europa zu gestalten, das in Frieden, Einheit, gemeinsamen Werten und Gerechtigkeit verankert ist.